

P.B. Nr. 1

Nairobi, den 28. Januar 1971

cn						c/a
Datum						3 FEV 1971
Visa						B?
EPD						3 FEV 1971
Ref p.A. 21.31. Nairobi						

Militärputsch in Uganda

I.

In den frühen Morgenstunden des 25. Januar sind zwischen Truppenteilen der Armee, der Polizei und der Special Force Kämpfe ausgebrochen. Bis in den frühen Nachmittag wurde hauptsächlich in der Hauptstadt Kampala, aber auch in andern Garnisonstädten um die strategisch wichtigen Punkte gekämpft. Man spricht von etwa 70 Toten. Bei der Besetzung des Flugplatzes in Entebbe kamen zwei kanadische Missionare ums Leben.

Um 16 Uhr des gleichen Tages gab der Oberkommandierende der Streitkräfte, General-Major Idi Amin, am Radio die Machtübernahme bekannt. Die während der Kämpfe menschenleeren Strassen belebten sich sofort. Stundenlanges Jubilieren, Verbrüderungsszenen mit Armee und Polizei folgten. In seiner Radioerklärung sagte General Amin, er sei Berufssoldat und nicht Politiker und betrachte die Armee als Mittel zum Schutz der zivilen Regierung, die vom Volk getragen sein müsse. Er wolle daher nicht mehr als ein "Caretaker" sein. Freie Wahlen würden so bald als möglich stattfinden. Die politischen Gefangenen würden freigelassen, und alle, die aus politischen Gründen das Land verlassen hätten, könnten zurückkehren.

Präsident Obote erfuhr vom Putsch im Flugzeug, das ihn von der Commonwealth-Konferenz in Singapore zurückbrachte. Um 19 Uhr landete die East-African-Airways-Maschine in Nairobi. Zum Empfang waren Vizepräsident Moi, Aussenminister Mungai und einige weitere Minister erschienen. Innert Minuten wurden Obote und sein Gefolge in Autos verfrachtet und in ein Hotel gebracht. Am folgenden Tag verliess Obote mit einigen Mitarbeitern Nairobi in Richtung Dar es Salaam. Präsident Nyerere hat seinen Staatsbesuch in Indien abgekürzt und ist gestern Abend zurückgekehrt.

- 2 -

General Amin wirft der früheren Regierung Tribalismus, Korruption und Ungerechtigkeit vor, auch dass sie mit ihren monetären und sonstigen Massnahmen der vergangenen Monate gegen die Einheit Ostafrikas verstossen habe. Obote hat sich in einer Pressekonferenz in Dar es Salaam zur Wehr gesetzt. Nach ihm griff Amin zu den Waffen, weil Obote im Begriff war, gegen ihn wegen Mithilfe beim Mord eines Brigade-Generals und wegen Unregelmässigkeiten Anklage zu erheben. Geholfen hätten ihm beim Coup die israelischen Armee-Experten. So folgen sich nun über den Aether Vorwürfe, Verteidigung, Beschimpfung wie bei den Helden der griechischen Mythologie.

II.

Diese Ereignisse haben tiefgreifende Ursachen, die bis auf die Zeit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1962 zurückgehen und eine kurze Rekapitulation der politischen Situation erfordern.

Das ehemalige britische Protektorat Uganda umfasste einerseits die vier Königtümer Buganda, Bunyoro, Toro und Ankole, sowie das Fürstentum Busoga, und andererseits eine Reihe von britisch verwalteten Distrikten, vor allem im nördlichen Landesteil gegen den Sudan zu. Das Königtum Buganda bildete den Schwerpunkt dieses Staatsgebildes, mit fruchtbaren Böden, guter Infrastruktur und edukativ höher stehender Bevölkerung. Die drei andern Königtümer und Busoga waren ähnlich entwickelt, doch kleiner und vom Zentrum abgelegen. Dem gegenüber hatten die nördlichen Distrikte einen ausgesprochenen Entwicklungsrückstand. Diese Polarität wurde verschärft dadurch, dass der Norden von nilotischen Stämmen und der Süden von Bantu-Stämmen besiedelt ist, wobei die Königsfamilie dem von Aethiopien kommenden Volksstamm der Tutsi, wie in Rwanda und Burundi, angehören.

Die britische Regierung hielt ihre schützende Hand über die seit langem mit der Protektoratsmacht eng verbundenen Fürsten und setzten bei den Unabhängigkeitsverhandlungen einen Kompromiss besonderer Art durch: Der König von Buganda, der Kabaka Mutesa II., wurde Präsident des Staates Uganda, und der Chef der stärksten Partei, des "Uganda People's Congress", Milton A. Obote, aus dem nördlichen Distrikt Lango, erhielt das Amt des Prime Minister. Dieser bemühte sich in der Folge um eine straffe nationale Regierungsgewalt, doch prallte er am Partikularismus der traditionsgebundenen Königtümer ab. Besonders Buganda gebärdete sich wie ein Staat im Staate, mit eigener Regierung, mit Parlament, Parteien und oberstem Gerichtshof. Es war nicht zu übersehen, dass Sir Edward Mutesa, wie der Kabaka als Staatspräsident hiess, seine Macht als König von Buganda auf das ganze Land auszudehnen trachtete.

Der latente Konflikt mit dem Prime Minister kam Anfang 1966 zum Ausbruch. Zuerst beanspruchte Sir Edward Mutesa für sich das Recht, den Staat Uganda auswärts an Staatschefs-Konferenzen zu vertreten. Dann beklagte er sich beim britischen Hochkommissar, Obote bereite einen Anschlag auf die Verfassung vor. Da Grossbritannien diese garantiert habe, müssten zu ihrem Schutz Truppen eingesetzt werden. Der britische Hochkommissar orientierte unverzüglich den Prime Minister, der sofort den Kabaka als Staatspräsident absetzte und dessen Befugnisse und Pflichten selber übernahm. Da der Kabaka nicht einlenkte, sondern sogar so weit ging, die Landesregierung aus Kampala, das auch die Hauptstadt des Königtums Buganda war, zu verweisen, unternahm Obote eine Polizeiaktion gegen den Palast des Kabakas, der aber fliehen und mit Hilfe seiner Getreuen ins Ausland entweichen konnte. Damit war Buganda entmachtet. "Kabaka Yekka", die monarchistische Partei, wurde verboten, und zahlreiche königstreue Politiker kamen in Haft. Auf diese Weise ungestört arbeitete das Parlament eine republikanische Verfassung aus. Die

- 4 -

Königtümer und Busoga wurden Verwaltungsbezirke, und die abgesetzten Könige erhielten an Stelle der früheren Steuereinnahmen Pensionen, mit Ausnahme des in London im Exil lebenden Kabaka.

In der kommenden Phase suchte Obote seine Hausmacht aus dem Norden in alle wichtigen Positionen zu bringen. Die Armee wurde erheblich verstärkt. Israelische Instrukturen bildeten Piloten auf "Fuga Magister" aus, und sowjetische und tschechoslowakische Experten führten Migs und Panzerwagen ein. Trotz der starken Budgetbelastungen blieb die Wirtschaft des Landes florierend. Aber die Misstimmung in den ehemaligen Königstümern hielt an. Zwei erfolglose Attentate wurden gegen Präsident Obote unternommen, beide durch Anhänger des Kabaka. Als dieser 1969 in London unter nicht eindeutigen Umständen starb, beschuldigte die königstreue Bevölkerung den Präsidenten, seine Hand im Spiel gehabt zu haben. So blieb Obote in seiner eigenen Hauptstadt ein unpopulärer, ja verhasster Mann.

Aber auch das Verhältnis zur Armee musste Obote Sorgen bereiten, obwohl der Oberkommandierende, General Amin, und die hohen Offiziere aus dem Norden stammen. Diesen britisch trainierten und eher konservativen Leuten war das Ränkespiel des Präsidenten und auch seine zunehmende Linksorientierung zuwider. Schon früh hiess es, General Amin habe unter den Kabaka-Anhängern gute Freunde. Ein Schlaglicht auf die gespannte Lage warf die Ermordung eines Brigade-Generals, der Obote nahe gestanden war. Er tat alles, um Amin überführen zu können, wobei zweifelhafte Verhörmethoden angewendet worden sein sollen. Was auch immer die Wahrheit ist, das Verhältnis zwischen den beiden Männern des Nordens vergiftete sich immer mehr.

In dieser Lage setzte Obote auf seine Partei, die er zur Annahme eines weitgesteckten Sozialisierungsprogramms

- 5 -

zu bringen verstand. In Anlehnung an die Arusha-Deklaration von Präsident Nyerere, bei dem er seit längerem ideologische Anleihen machte, nannte er dieses Programm "The Common Man's Charter". Gestützt hierauf verkündete er am 1. Mai 1970 - ohne das Kabinett begrüsst zu haben - die Nationalisierung fast der gesamten Industrie und des Transportwesens und die Einführung der staatlichen Kontrolle im Handel. Doch schon bald zeigte sich, dass diese Massnahmen ungenügend vorbereitet worden waren. Obote, dem man diese überstürzte Hast bei seiner hohen Intelligenz und seinem bedeutenden administrativen Können nicht zugetraut hatte, erkannte sogleich die Mängel und zögerte nicht, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Die Verhandlungen mit den fremden Kapitalgebern wurden fair und speditiv geführt und die Verhandlungen über ein Investitionsschutz-Abkommen mit der Schweiz kamen gut voran. Aber nicht nur herrschte ein allgemeines Malaise über die unpopulären Massnahmen, es stellten sich auch deutliche Rückschläge in der Wirtschaft ein. Trotz hoher Ueberschüsse der Handelsbilanz gingen die Reserven der Bank of Uganda drastisch zurück. Verärgerung herrschte auch über die Einführung der Devisenkontrolle gegenüber Kenya und Tanzania und über den Entzug von Arbeitsbewilligungen an deren Staatsangehörige.

Gleichzeitig arbeitete Obote aktiv an den Vorbereitungen für die allgemeinen Wahlen, die spätestens im April stattfinden sollten. In Gesprächen mit allen möglichen Bevölkerungsschichten, insbesondere auch mit den Studenten und Professoren der Makerere University Kampala, suchte er ein neues System für die Wahl der Abgeordneten und des Präsidenten durchzusetzen, das einerseits seine Macht sicherte und andererseits vom Volk akzeptiert wurde.

In dieser nervösen Situation trat Präsident Obote die Reise nach Singapore an. In seiner Abwesenheit scheint eine krisenhafte Situation entstanden zu sein. Was auch immer den Schuss auslöste, so scheint es doch, dass er fällig war.

III.

Das neue Regime bringt einen deutlichen Rechtsruck. Was für Folgen dies hat, kann noch nicht überblickt werden. Die neue Regierung soll am 3. Februar vorgestellt werden. Heute Vormittag wurden siebzig politische Gefangene freigelassen und unter dem Begeisterungstaumel der Bevölkerung in Begleitung des Generals und des Generalinspektors der Polizei in der Stadt herumgeführt. Die Königstreuen werden auf eine Restauration der Monarchien hinarbeiten. Ob Amin bereit ist, sich eine solche Hypothek aufzubürden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls darf man ihm glauben, dass er die Durchführung der Wahlen beschleunigen will, dass alle Parteien zugelassen sein sollen und dass er selber nicht nach dem höchsten Amt strebt. Doch wer zeichnet sich als künftiger politischer Führer ab? Ist es in dieser Lage für Amin überhaupt möglich abzutreten? Man spricht vom bisherigen Verteidigungsminister Felix Onama, auch einem Mann aus dem Norden, der sich im Hintergrund hält.

Sowohl in Kenya wie in Tanzania wird das politische Mittel des Militärputsches verdammt, da er die Legalität mit Füßen tritt. Aber wenn man schon diese Haltung einnimmt, kann man doch nicht umhin, sich zu fragen, ob das Regime Obote überhaupt mit legalen Mitteln zur Macht gekommen ist. Innerhalb der Kenya-Regierung und Öffentlichkeit ist man daher bereit, den Coup in Uganda als eine berechtigte Selbsthilfe-Massnahme zu begrüßen. Man erhofft sich von der neuen Regierung eine gründliche Korrektur des immer mehr nach links gleitenden Staatsvehikels und einen besseren Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Niloten und Bantus. In Tanzania aber tönt es anders. Obwohl Präsident Nyerere sich noch nicht geäußert hat, darf man annehmen, dass er sich aus legalistischen und ideologischen Ueberlegungen gegen das neue Regime stellen wird.

- 7 -

Damit wird die East African Community der drei Staaten einer neuen Belastungsprobe unterworfen. Es könnte sein, dass Kenya und Uganda nun näher rücken, während Tanzania sich noch mehr als bisher Zambia zuwendet. Ob dies zu dem schon so oft beschworenen Bruch der Community führen wird, darf man bezweifeln. Die innere Gemeinsamkeit ist stärker, als viele fremde Betrachter anzunehmen gewillt sind. Aber die Zusammenarbeit innerhalb der East African Authority und der Minister-Räte dürfte für einige Zeit zum Stillstand kommen.

So ist ein neuer Militärputsch in Afrika über die Bühne gegangen und gibt Zeugnis von der Unstabilität auf diesem Kontinent. Viele werden dies bedauern, doch andere werden frohlocken, da sie ja immer schon gesagt haben, "diese Afrikaner seien noch nicht reif für die Unabhängigkeit". Aber wer aus europäischen Landstrichen auf die eigene Geschichte zurückblickt, wird wenig Veranlassung sehen, über die Geburtswehen von Staaten mit hundertjähriger Kolonialvergangenheit, zusammengewürfelten Völkerschaften, willkürlich gezogenen Grenzen, Kapital- und Kader-Mangel hochnäsiger zu urteilen. Denn der Weg zu staatlicher Unabhängigkeit in Würde und Freiheit ist lang, wie gerade wir Schweizer gut wissen.

—
Krey.